

Das Problem der Verteilung und wie es zu lösen wäre

von Guenther Sandleben

Das Thema Ungleichverteilung beherrscht internationale Diskussionen und Debatten, es hat dicke Bücher hervorgebracht, unendlich viele Kommentare und Artikel entstehen lassen, Parteitage, Gipfeltreffen und Konferenzen dominiert. Einig ist man sich zumindest in drei Punkten:

Erstens hat die Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen seit Anfang der 1980er Jahre so gut wie in allen Ländern zugenommen. Vor allem das oberste 1 % der Gesellschaft (oberstes Perzentil) konnte in hohem Maße Vermögen und Einkommen konzentrieren. Nach Oxfam besitzt 1% der Weltbevölkerung fast die Hälfte des Weltvermögens.

Zweitens besteht Einigkeit darin, dass eine zu starke Ungleichverteilung negative Konsequenzen nicht nur für die Wirtschaft, sondern vor allem für den Bestand des kapitalistischen Wirtschaftssystems und für die Demokratie haben könnte. **Thomas Piketty** hält für den Fall einer weiter fortschreitenden und extremen Einkommenskonzentration „eine Revolution“ für wahrscheinlich, die „einer solchen Situation rasch ein Ende bereiten würde“.¹ Inzwischen habe die Ungleichverteilung annähernd das unangenehm hohe Niveau von Anfang des 20. Jahrhunderts erreicht – wie man weiß eine Periode von spektakulären Klassenkämpfen, Revolutionsversuchen und gelungenen Revolutionen, wodurch der Kapitalismus schwer erschüttert worden ist.

Der britische Verteilungsforscher **Anthony B. Atkinson**, der nichts gegen eine Ungleichverteilung einzuwenden hat, solange sie gemäßigt bleibt, bewertet die derzeitige Ungleichverteilung als „exzessiv und unerträglich“. Er befürchtet, eine extreme Ungleichverteilung sei inkompatibel mit einer funktionstüchtigen Demokratie.²

„Hohe Ungleichheit in Einkommen und Vermögen“, schreibt der Präsident des Berliner DIW Marcel Fratzscher, „kann sehr negative Konsequenzen haben: Sie kostet Wirtschaftswachstum, schmälert die Produktivität und senkt die Nachfrage...Sie teilt das Land immer stärker in zwei auseinander driftende Gruppen, unter denen der Verteilungskampf immer stärker toben wird. Langfristig treibt sie das Land – wenn sich die derzeitigen Trends fortsetzen sollten – auf die Zerreißprobe zu.“³

Einig ist man sich schließlich in der zentralen Schlussfolgerung: Die Politik sollte auf dem Boden bestehender Eigentums- und Produktionsverhältnisse die „exzessive Ungleichheit“ auf ein ungefährliches und für Staat und Wirtschaft kostengünstiges Niveau zurückführen. „Der Kapitalismus soll netter werden“.⁴ Soziale Missstände seien politisch soweit wie nötig zu begrenzen, um die kapitalistische Produktionsweise, gegen die man nichts einzuwenden hat, zu sichern und um die Demokratie zu schützen.

Kann der Kapitalismus überhaupt „netter“ werden oder gehört die Vermögens- und Einkommenshierarchie zu seinem feststehenden Charakter?

¹ Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, Beck-Verlag 2016, S. 346

² Anthony B. Atkinson, Inequality. What can be Done?, Harvard University Press 2015, S. 9, S. 301

³ Marcel Fratzscher, Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird. Hanser-Verlag 2016, S. 72

⁴ So der Titel eines verteilungskritischen Kommentars von Mark Schieritz in: Die Zeit vom 28.7.2016

Dass die Ungleichverteilung zum kapitalistischen Kern der Gesellschaft gehört, legen u. a. die historischen Studien von Piketty nahe: In der Geschichte des Kapitalismus zeigen sich als konstante Größen ungleiche Verteilungsrelationen. Kriege, Krisen sowie Inflationen und die damit einhergehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Staatsinterventionen konnten die Ungleichverteilung lediglich vorübergehend mildern. Das heutige Niveau der Ungleichheit entspricht teilweise dem vor 100 Jahren.

Was sind die Triebkräfte für die Reproduktion der Ungleichheit und welche Möglichkeiten hätte man, das Verteilungsproblem nachhaltig zu lösen?

Der apologetische Standpunkt in der Verteilungsdebatte

Man könnte meinen, die zahlreichen Beiträge zur Verteilungsfrage lieferten bereits eine ausreichende Antwort. Das ist leider nicht der Fall. Unbestritten ist jedoch, dass die Verteilungsforschung trotz gravierender statistischer Erhebungsmängel inzwischen viel empirisches Material zusammengetragen hat, das durch die computergestützte Auswertung aller vermögens- und einkommensbezogener Quellen inzwischen einen weitaus besseren Überblick über das Niveau und die Dynamik der Ungleichheit liefert, als es vor einigen Jahrzehnten noch möglich war. Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus betrachtet ist es jedoch überraschend, dass fast nur die Schwankungen in den Verteilungsrelationen nicht jedoch die Kontinuitäten in der Ungleichverteilung thematisiert werden, die zumindest ebenso auffällig sind. Wie ist diese erstaunliche Problemverengung zu erklären?

„Es liegt mir nichts daran“, schreibt Piketty, „die Ungleichheit oder den Kapitalismus als solchen zu kritisieren – zumal die soziale Ungleichheit an sich kein Problem darstellt, wenn sie auch nur im geringsten gerechtfertigt ist, das heißt ‚im allgemeinen Nutzen begründet‘ ist, so wie es im Artikel 1 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 heißt“.⁵ Eine rücksichtslose Kritik des Bestehenden ist von einem derart untätigen Verhalten gegenüber einer Verfassung kaum zu erwarten. Die dogmatische Fahne, die Piketty aufpflanzt, ist „die Ungleichheit oder der Kapitalismus als solcher“. Darüber soll nicht weiter geforscht werden. Exakt an dieser Stelle endet seine Kritik. Sein ethischer Begriff von „gerechter Gesellschaft“ entspricht einem netteren Kapitalismus mit einer Verteilungshierarchie, die weniger exzessive ist.⁶ Nur Abweichungen hiervon erscheinen ihm als nicht zu akzeptierendes Übel, das zur Wahrung seines Dogmas politisch zu beseitigen ist. Der Kapitalismus selbst soll möglichst keinen Schaden nehmen.

Dort, wo Piketty seine Kritik enden lässt, setzt die nachfolgende Analyse ein: Kritisiert werden nicht die Missstände, sondern die Zustände; nicht die historische Ausnahme, sondern die kapitalistische Grundstruktur der Einkommens- und Vermögensverteilung wird geprüft und auf ihre Veränderbarkeit hin untersucht.

Atkinson grenzt die systemrelevante Komponente der Verteilungsfrage ebenso aus wie Piketty. Er will, wie sein Werturteil lautet, keine „totale Gleichheit“. Die Verteilungsunterschiede hält er grundsätzlich für gerechtfertigt, nur das heutige Ausmaß scheint ihm zu hoch zu sein.⁷ Er lenkt sein Erkenntnisinteresse von vornherein nicht auf die kapitalistische Normalität, sondern ausschließlich auf die Abweichungen davon, die ihm als „exzessiv“ und „ungerechtfertigt“ erscheinen.

⁵ Piketty, a.a.O., S. 52; ähnlich S. 562

⁶ Piketty, a.a.O., S. 339, 789

⁷ „I am not aiming for total equality. Indeed, certain differences in economic rewards may be quite justifiable. Rather, the goal is to reduce inequality, below its current level, in the belief that the present level of inequality is excessive...Readers may well disagree as to how much inequality is acceptable while agreeing that the present level is intolerable or unsustainable.“ Atkinson, a.a.O., S. 9.

Diese apologetische Sicht, die sich überall in der Verteilungsdebatte zeigt, verwandelt die Verteilungsforschung in eine Forschung zur Rechtfertigung der bestehenden kapitalistischen Grundverhältnisse, die als ganz gut und als unveränderbar dargestellt werden. Folge davon ist eine Rechtfertigungslehre. Zentrale Begriffe der Verteilungsfrage werden ausgeblendet oder geglättet und als gesellschaftliche Naturverhältnisse dargestellt. Mögliche kritische Aspekte an den kapitalistischen Zuständen sind ausgelöscht.

Was ist Kapital?

Zentraler Begriff jeder Verteilungsdiskussion ist das Kapital einschließlich der entsprechenden Einkommen. Piketty definiert das Kapital zunächst als die „Gesamtheit der nicht-humanen Aktiva, die auf einem Markt besessen und ausgetauscht werden können.“ Dazu zählt er „die Gesamtheit des Immobilienkapitals (Grundstücke, Häuser), das Wohnzwecken dient, und des Geld- und gewerblichen Kapitals (Gebäude, Ausrüstungen, Maschinen, Patente usw.), das von den Unternehmen und der öffentlichen Hand genutzt wird.“⁸

Indem Piketty das Kapital vom Standpunkt des Marktes aus definiert, rückt er es in die Nähe des Vermögens; beides wird von ihm gleichgesetzt. Wie jedes andere am Markt gehandelte Vermögen steht nun das Kapital jenseits der Produktion. Es ist auf Dinge (Immobilien, Maschinen, Anlagen), Rechte (Patente), Eigentum- oder Schuldtitel reduziert, die Kapitaleinkommen abwerfen. Indem der Zusammenhang zum Produktions- und damit Wertschöpfungsprozess ausgelöscht ist, entsteht der Schein, als würden diese Kapitalsorten aus sich selbst heraus die Einkommen hervorbringen. Umgekehrt kann Piketty vom Standpunkt des Marktes aus die Einkommen aus Unternehmertätigkeit nicht mehr mit dem Kapital und den in der Produktion notwendigen Kapitalfunktionen in Verbindung bringen. Die Gehälter von Spitzenmanagern definiert er als Arbeitseinkommen, stellt sie also in einen Zusammenhang nicht mit dem Profit sondern mit dem Lohn. Aus dieser Sicht wird die Lohnhierarchie eine eigenständige Quelle der Einkommensungleichheit, scheinbar unabhängig vom Kapital.

Soziale Ungleichheit ist für Piketty kein Problem, solange sie gerechtfertigt, d. h. im „allgemeinen Nutzen“ liegt. Um zu definieren, was eine gerechtfertigte Verteilungspyramide ist, muss er den Marktstandpunkt kurzzeitig aufgeben und das Kapital als einen „Produktionsfaktor“ betrachten. Würde das Kapital „nichts leisten“, so seine Meinung, gäbe es keine Rendite. Die Kapitalrendite muss „genau gleich der ‚Grenzproduktivität‘ des Kapitals sein (das heißt dem Beitrag einer zusätzlichen Kapitaleinheit zum Produktionsprozess)“.⁹ Das Kapital bekommt also unter normalen Umständen exakt eben so viel, wie es „leistet“; seine Einkommen sind gerechtfertigt. Damit ist zugleich das Kapital gerechtfertigt, da es diese Einkommen selbst hervorzubringen scheint.

Soweit die Verteilung mit der Grenzproduktivität des Kapitals korrespondiert, ist Piketty zufrieden. Sie entspräche einer „gerechten Gesellschaft“, die nichts anderes darstellt als die Normalgestalt des Kapitalismus. Dass diese Rechtfertigungslehre für die Kapitaleinkommens längst widerlegt ist, weil Kapital - hier stofflich aufgefasst - wegen der Heterogenität der Gebrauchswerte einfach nicht aggregierbar ist, hat Piketty trotz seiner gelegentlich kritischen Sicht der ökonomischen Theorie noch nicht einmal angesprochen.

⁸ Piketty, a.a.O., S. 70

⁹ Piketty, a.a.O., S. 282

Mit einem vergleichbaren Argument werden die unterschiedlich hohen Löhne, darunter die Unternehmenslöhne, grundsätzlich gerechtfertigt. Wie das Kapital durch eine zusätzliche Einheit das eigene Einkommen kreiert, also entsprechend seines Beitrags zur Produktion entlohnt wird, soll auch „der Lohn eines bestimmten Beschäftigten seiner Grenzproduktivität (entsprechen).“¹⁰

Ausbeutung, Aneignung fremder Arbeit kann es in einem solchen System nicht geben. Der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital schwimmt im technischen Prozess einer Mensch-Maschine-Kooperation. Im kapitalistischen Idealfall werden alle gerecht bezahlt: die Unternehmer erhalten für ihre unternehmerische Arbeit angemessene Managergehälter, darunter Prämien, Boni, Aktien, die Lohnarbeiter erhalten den Lohn und die Vermögens- oder Kapitalbesitzer erhalten als Vergütung des Kapitals Dividenden, Zinsen, reinvestierte Gewinne zum Zwecke der Wertsteigerung des Kapitals usw. In dieser harmonisierenden Sicht steht der Manager dem Lohnarbeiter nicht mehr als die ihn beherrschende Macht gegenüber, die aus ihm möglichst viel Mehrarbeit herauszupumpen versucht, sondern scheint mit ihm produktiv-kooperativ verbunden zu sein.

Piketty sieht im Kapital, selbst wenn er es aus Rechtfertigungsgründen vom Markt in die Produktion verschiebt, kein Produktionsverhältnis. Es besteht aus stofflichen Dingen, ist vorwiegend Produktionsmittel, das als Produktionsfaktor mit der Arbeit auf Augenhöhe zu kooperieren scheint. Seine „gerechte Gesellschaft“, soweit sie produziert, kennt weder Subsumtion der Arbeit unter das Kapital noch sonstige betriebliche Zwangsverhältnisse. Reduziert auf ein Produktionsmittel verwandelt sich das Kapital in eine schon immer dagewesene, unverzichtbare Voraussetzung menschlicher Produktion. Entsprechend erhält die kapitalistische Produktionsweise den Schein einer natürlichen, in ihrer Grundstruktur unveränderbaren, ewig gültigen Form, so dass Piketty meint, die heutigen Kapitalrenditen und Verteilungsstrukturen bruchlos mit den Verhältnissen des antiken Zeitalters verbinden zu können.¹¹ Werden aber die in der kapitalistischen Produktionsweise enthaltenen Verteilungsverhältnisse als natürlich-menschliche Ordnung betrachtet, dann können sie als gewissermaßen feststehende Größen dieser „idealen Gesellschaft“ kein Thema in einer Verteilungsdiskussion sein. Aus dieser Sichtweise sind lediglich die Abweichungen von dieser natürlichen und deshalb „idealen“ Verteilungshierarchie der Gegenstand der Kritik, mit der Konsequenz, dass sie – als Missstand gebrandmarkt - das ausschließliche Terrain des politischen Kampfes bilden.

Der Kern des Verteilungsproblems

Auffallend ist, dass die Verteilung der Vermögen eine größere Ungleichheit aufweist. Je nach Berechnungsweise verfügen in Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien die reichsten 10 Prozent über etwa 60 % der jeweiligen Nationalvermögen. „Am bestürzendsten ist freilich“, wie Piketty zusammenfasst, „dass in all diesen Gesellschaften eine Hälfte der Bevölkerung fast nichts besitzt. Den an Vermögen ärmsten 50 % gehören stets weniger als 10 %, ja im Allgemeinen weniger als 5 % des Nationalvermögens.“ In den USA besitze das oberste Dezil 72% der Vermögen, während der unteren Hälfte gerade noch 2% gehörten. Hinzu komme, dass die Höhe der größten Vermögen wegen der statistischen Erhebungsprobleme meist „zu gering veranschlagt“ würden.¹²

¹⁰ Piketty, a.a.O., S. 402

¹¹ Piketty, a.a.O., S. 470ff

¹² Piketty, a.a.O., S. 338

Indem Piketty und andere vom Standpunkt der Zirkulation aus die Vermögen betrachten, „die auf einem Markt besessen und ausgetauscht werden können“, scheinen alle Vermögensformen gleich wichtig zu sein: Sie liefern Kapitaleinkommen und lassen sich in Geld realisieren, egal ob es das Sparbuch, das Girokonto, das Bausparguthaben, eine private Renten- oder Lebensversicherung, das selbstgenutzte oder untervermietete Haus- und Wohnungseigentum oder das Betriebsvermögen ist. Da weder der Zusammenhang der verschiedenen Vermögensformen noch die genaue Quelle der Kapitaleinkommen analysiert werden, bleibt der gesellschaftliche Motor unsichtbar, der die Ungleichheit produziert und auf erweiterter Stufe reproduziert. Gibt es ein Kraftzentrum, aus dem sich die Ungleichverteilung maßgeblich speist?

Die Bundesbank hat in ihrer Befragungs-Studie "Private Haushalte und ihre Finanzen" (PHF), die für Deutschland zu vergleichbaren Verteilungsrelationen gelangt, den interessanten Vermerk hinterlassen, dass in 2014 „10% der Haushalte einen Betrieb oder ein Unternehmen (besaßen), in dem sie eine aktive Rolle ausübten“. Unternehmensbesitz spiele eine wichtige Rolle nur bei den reichsten 10%.¹³ Hinweise von Piketty gehen in die gleiche Richtung. „Sieht man sich ... die Verfügung über Unternehmen und Produktionsmittel (an), dann beläuft sich der Anteil des obersten Dezils auf über 70-80% des Gesamtvermögens. Unternehmensbesitz bleibt für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ein relativ abstrakter Begriff.“¹⁴ Der Immobilienbesitz sei die „bevorzugte Kapitalanlage der Mittelschichten und Besserverdienenden“. Je höher man sich in der Vermögenshierarchie des obersten Dezils bewege, desto wichtiger werde der Unternehmensbesitz. „Im obersten Perzentil dagegen überwiegen finanzielle Vermögenswerte und Betriebsvermögen deutlich den Immobilienbesitz“.¹⁵

Die Verteilung des Betriebsvermögens hat eine Besonderheit: Hier handelt es sich keineswegs nur um eine Frage fehlender Gleichheit oder Gerechtigkeit, weil der eine mehr, der andere weniger hat. Der Umfang der Ungleichheit offenbart eine spezifische Struktur, die in der *Polarität von Besitz und Nicht-Besitz* besteht.

Zum „Betriebsvermögen“ zählen sämtliche Gegenstände, die nach ihrer Art und Funktion in einem betrieblichen Zusammenhang mit dem Unternehmen stehen, wie Maschinen, Anlagen, Gewerbebauten, Infrastruktureinrichtungen, Geschäftsausstattungen, Vorprodukte, Handelswaren.

Was unstrittig ist: Das Betriebsvermögen dient der Profitmaximierung. Eine Wertsomme in den Formen des Betriebsvermögens wird eingesetzt, um daraus eine möglichst große Wertsomme zu machen. Es ist kapitalistisches Betriebsvermögen, also Kapital. Ein solches Kapital fungiert in der Produktion von Waren und Dienstleistungen sowie im Groß- und Einzelhandel. Man kann es deshalb auch als fungierendes Kapital bezeichnen, im Unterschied zum Finanzkapital, das auf dem Kredit- und Kapitalmarkt gehandelt wird.

Profitmaximierung heißt umgekehrt: Lohnminimierung, Verlängerung der Arbeitszeit, Steigerung der Arbeitsintensität. Durch Senkung der Lohnkosten soll der Profit steigen. Es besteht also ein Profit-Lohn-Gegensatz, dem ein Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital entspricht.

Längst ist bewiesen, dass die Arbeit Quelle des Werts ist. Sie schafft den Gesamtprofit, wie dieser sich immer aufteilen mag in die Einkommensarten Unternehmensprofit, Vorstandsvergütung, Zins,

¹³ Bundesbank, Monatsbericht 3/2016

¹⁴ Piketty, a.a.O, S. 344

¹⁵ Piketty, a.a.O, S. 341

Pacht, Miete, Steuer. Der Gesamtprofit ist umso höher, je niedriger die Arbeitslöhne sind. Beispielsweise müsste ein Vollzeitbeschäftigter 150 Jahre arbeiten, um auf die Jahresvergütung eines Dax-Vorstandsvorsitzenden zu kommen. In den USA liegt die Relation derzeit bei 335 Jahren – 1980 lag sie bei 42 Jahren. „Die Einkommensungleichheit in unserem Land ist eine Schande“, bemerkte AFL-CIO-Präsident Richard Trumka, als er seine Studie kommentierte.¹⁶ Je mehr die Manager aus den Arbeitern herausholen, desto mehr verdienen sie selbst.

Verteilungsfrage neu stellen

Die Polarität von Besitz und Nichtbesitz im Bereich der Betriebsvermögen ist von grundlegender Bedeutung. Sie bewirkt, dass etwa 90% der Erwerbstätigen abhängig beschäftigt sind, weil sie meist gar kein oder zu wenig Betriebsvermögen besitzen. Sie sind deshalb ökonomisch gezwungen, ihre Arbeitskraft, d. h. ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten gegen Lohn an die Besitzer des Betriebsvermögens zu verkaufen. Die hohen Kapitaleinkommen, die sie in Form von Warenwerten schaffen, sind das Spiegelbild ihrer relativen Armut: Wie die Verteilungsdebatte herausgefunden hat, wirkt die tägliche Lohnarbeit im Allgemeinen nicht mehr ab, als zum Leben gebraucht wird.

Im Datenreport 2016 für Deutschland ist zu lesen, dass 2014 von den rd. 10% Selbständigen mehr als die Hälfte zu den Solo-Selbständigen (2,05 Mio.) gehörten, nur knapp 1,7 Mio. führten ein Unternehmen mit mindestens einem Beschäftigten (Datenreport 2016). Ein Großteil der Selbständigen lebt selbst unter prekären Verhältnissen, während sich hohe Betriebsvermögen und hohe Profite in den Händen weniger konzentrieren.

Die Polarität von Besitz und Nichtbesitz im Bereich des Betriebsvermögens ist *das Kernproblem*, weshalb es als *primäre Verteilungsproblem* bezeichnet werden sollte. Alle übrigen Verteilungsverhältnisse haben hier ihren Ursprung. Sie markiert die Scheidung zwischen den Produzenten einerseits und dem Eigentum an den Voraussetzungen der Arbeit andererseits. Die Primärverteilung umfasst also ein ganzes Produktionsverhältnis: das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital. Das Verteilungsverhältnis zwischen Lohn- und Profiteinkommen ist nur die Konsequenz daraus.

Ein solches Produktions- und Verteilungsverhältnis ist kein Naturverhältnis. Es kann verändert werden. Der Hebel der Veränderung muss an der Primärverteilung ansetzen. Dieser spezifische Verteilungskampf kann nur ein einziges Ziel haben: Die Inbesitznahme des Betriebsvermögens durch die in der Produktion kooperativ miteinander verbundenen Produzenten. Die Produktionsmittel würden dann denen gemeinschaftlich gehören, die sie anwendeten, so dass die Polarität von Besitz und Nichtbesitz beseitigt wäre. Eine völlig andere Verteilung des gemeinschaftlich produzierten Reichtums wäre die Konsequenz.

Konsequenzen einer neuen Primärverteilung

Der neue Verteilungshorizont, der durch die gemeinsame Besitznahme des Betriebsvermögens eröffnet wäre, zeigt sich darin, dass mit diesem Aneignungsakt sämtliche Kapitaleinkommen verschwinden würden. Es gäbe weiterhin Immobilien, Produktionsmittel, Fabriken, Büros etc., nur könnten sie nicht mehr als Kapital zur Erzielung von Profiten eingesetzt werden. Sie wären nichts anderes als Bedingungen des Lebens. Alle daraus abgeleiteten Kapitalformen würden ebenfalls verschwinden.

¹⁶ FAZ vom 19.5.2016

Solange das Betriebsvermögen als Kapital verwertet wird, verwertet es zugleich Grundeigentum und Leihkapital. Es speist sämtliche leistungslose Vermögenseinkommen und schafft die Grundvoraussetzungen für Spekulationsgeschäfte. Das gesamte Elend der Verteilungsfrage hängt an der Verfügungsgewalt über das Betriebsvermögen.

Die Eigentumstitel etwa in Gestalt von Aktien würden wertlos, sobald sich die Produzenten das Betriebsvermögen aneigneten. Anleihen, die das Unternehmen zur Kreditaufnahme auf dem Kapitalmarkt ausgegeben hatte, würden annulliert. Unternehmenskredite müssten die Banken als uneinbringlich abschreiben.

Der Löwenanteil des in Krediten und Eigentumstiteln steckenden Finanzkapitals würde sofort wegfallen. Ebenso verschwinden würde das fiktive Kapital, das auf den Eigentums- und Kredittiteln basiert. Derivate wären sofort wertlos. Das viel gescholtene Investmentbanking hätte keine Geschäftsgrundlage mehr. Die riesengroßen Finanzvermögen würden sich in Luft auflösen.

Und das Bedeutende dabei: Mit dem Verschwinden der Finanzvermögen würde nicht der geringste Teil des tatsächlichen Reichtums verloren gehen. Finanzkapitale würden ihren wahren Charakter offenbaren: Nur fiktives, illusionäres Kapital zu sein. Der wirkliche Reichtum, darunter das Betriebsvermögen, würde unbeschadet fortexistieren.

Mit der Beseitigung des Kapitalcharakters der Betriebsvermögen wäre die Grundlage der leistungslosen Einkommen abgeschafft. Ohne Profit gäbe es keine Unternehmensgewinne, keine Zinsen, keine Dividenden, keine Grundrenten. Die Quelle solcher Einkommen wäre trocken gelegt. Keiner benötigt das Finanzkapital im Arbeitsprozess. Wertpapiere, Geldscheine, Dividenden, Zinsen sind keine Produktionsvoraussetzungen.

Nicht nur der Misstand einer „exzessiven Ungleichverteilung“, sondern die Grundlage des heutigen Verteilungsproblems, die Verteilungshierarchie mit ihrer Polarität von Besitz und Nicht-Besitz an Betriebsvermögen wären beseitigt.